

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Monaten der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsverzeichnis: Monatsverzeichnis über deren Raum 60 Pf., Klein-Verzeichnis des festgedruckten Wert 40 Pf., jedes weitere Wert 20 Pf., Druckungsverzeichnis 60 Pf., Bei gemischten und Verlagsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Die Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Generalstreik der Bankbeamten.

Ausdehnung des Streiks.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten und der Deutsche Bankbeamtenverein haben, da sich die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt zerschlugen, gestern abend die Ausdehnung des Berliner Generalstreiks vorläufig für die Bankläufe Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M. erklärt. Eine weitere Ausdehnung des Streiks, insbesondere für Süddeutschland, steht unmittelbar bevor.

Sitzung des Vollzugsrats.

Sympathieerklärung für die Bankbeamten.

Der Vollzugsrat wählte in einer am 10. April stattgefundenen Sitzung eine aus den beiden sozialdemokratischen Parteien parlamentarisch zusammengesetzte Kommission, die mit der Gewerkschaftskommission zwecks Stellungnahme zum 1. Mai in Verhandlung treten und dem V. R. in seiner nächsten Sitzung von dem Ergebnis der Verhandlungen Bericht erstatten soll.

Der Vollzugsrat beschäftigte sich außerdem mit dem Streik der Bankbeamten und gelangte folgender Beschlus zur einstimmigen Annahme:

Den in schwerem, wirtschaftlichem Kampfe stehenden Bankbeamten spricht der Vollzugsrat vollste Sympathie aus. Der V. R. wird, der im Hinblick auf die Resolution gemäß, alles tun, was in seinen Kräften steht, um die gerechten Forderungen der Bankbeamten zu vertreten.

Der Vollzugsrat weist die Bankdirektionen auf die schweren Folgen hin und appelliert an das patriotische Empfinden der Direktoren, daß von diesen bei jeder Gelegenheit in den Vordergrund gestellt wird.

Die Bankbeamten sollen aber hieraus die Lehre ziehen, daß nur durch Zusammenschluß aller Hand- und Kopfarbeiter im konsequenten Kampf dem Kapitalismus Zugeständnisse abgerungen werden können.

Ein weiterer Antrag, die Berichte des Vollzugsrats im „Vorwärts“ wegen seiner unobjektiven Berichterstattung nicht mehr zu veröffentlichen, wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Ein Gruß aus Österreich.

Der Reichsverein der Bank- und Sparkassenbeamten Österreichs hat an den Bankbeamtenverband folgendes Begegrüßungstelegramm geschickt:

Aus Zeitungen über den Streik erfahrend, begrüßen die organisierten österreichischen Bankbeamten die im Klassenkampf voranschreitenden deutschen Kollegen herzlich. Wie selbst haben eben in Durchsetzung einer modernen Dienstleistungsbestimmungsrecht in den Betrieben erkämpft und stehen jetzt mitten in einer umfassenden Aktion zur Durchsetzung der materiellen Forderungen der österreichischen Bankbeamten. Euer Kampf ist unser Kampf, Euer Sieg ist unser Sieg.

Preußen und die bayerische Räterepublik.

Berlin, 10. April.

Das preussische Staatsministerium hat folgenden Beschlus gefasst:

Die preussische Regierung sieht wie die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen das Ministerium Hoffmann als die allein rechtmäßige Regierung Bayerns an.

Neuer Umsturz in Bayern?

Die aus Unabhängigen gebildete Räteregierung soll nach bisher nicht bestätigten Meldungen von den Kommunisten gestürzt worden sein. Wir geben die Nachricht deshalb mit Vorbehalt wieder:

München, 10. April. (B. T. N.)

Nach einem Telegramm aus München sollen die Kommunisten die bisherige Regierung der Unabhängigen gestürzt und die Gewalt an sich gerissen haben. Das Militär stehe auf Seiten der Regierung Hoffmann.

Der größte Teil der Münchener Bevölkerung wartet nur auf einen Anstoß von außen. Die wirtschaftliche Lage Münchens habe sich verschlimmert.

Die Münchener Regierung nicht gestürzt.

Samstag, 10. April.

Die Meinung, wonach die unabhängige Regierung in München von den Kommunisten gestürzt worden sei, wird, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, von Seiten der Hamburger Regierung nicht bestätigt.

München, 10. April.

Professor Jaffe ersucht die „Münchener Post“, zu erklären, daß sein Name unter den Kandidaten für die Regierung der Volksbeauftragten zu unrecht genannt werde. Er habe auch nicht daran gedacht, einem Ersuchen, an der Regierung teilzunehmen, stattzugeben, da er sich mit den Ereignissen der letzten Tage nicht solidarisch fühle.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet.

Wie aus der nachfolgenden Meldung hervorgeht, herrscht auch im Ruhrgebiet das Militär unumschränkt. Es hat den Fernverkehr unterbrochen, so daß es unmöglich ist, eigene Nachrichten über den Streik und die Verhandlungen zu erhalten. Die amtlichen Quellen aber fliehen immer noch sehr spärlich, die Regierung muß viel zu verbergen haben.

Essen, 10. April.

Das heutige Streikbild ist gegen die Vorgabe wenig verändert. Der Straßenbahnverkehr ruht noch immer. Das Gaswerk kann wegen Kohlenmangels auch jetzt nicht genügend Gas liefern. Die Straßen liegen noch im Dunkeln. Die Beamten und Angestellten des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes haben nach Erfüllung ihrer sozialen Forderungen ihren Teilstreik abgebrochen und verrichteten Notstandsarbeiten, so daß die Stadt, wenn auch mit Unterbrechung, mit elektrischem Licht versorgt wird. Die Arbeiter des Werkes dagegen verharren weiter im Streik mit den Bergleuten. Infolge militärischer Sperre ist der gesamte Telephonverkehr der inneren Stadt und nach außerhalb seit gestern abend verstört. Unter dem Schutz der Regierungstruppen finden sich die Arbeitswilligen an ihren Arbeitsstätten ein. Bei der Firma Krupp hat sich die Zahl der Arbeitswilligen gegen gestern wieder erhöht. Da die Anerkennung einzelner Forderungen der Streikenden durch die Reichsregierung und den Bundesverband erst heute früh bekannt wurde, war eine entsprechende Einwirkung noch nicht bemerkbar.

Generalstreik in Zwickau.

Zwickau (Sachsen), 10. April.

Die Streikenden haben in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung für heute den Generalstreik beschlossen. Der Streik, der ursprünglich wegen unzureichender Ernährung eingeleitet war, nimmt immer mehr politischen Charakter an, als dessen Urheber hiesige Kommunisten anzusehen sind. In einem heute vormittag veranstalteten großen Demonstrationsumzug wurden Plakate mitgeführt, welche zum Anschluß an die Sowjetregierung in Rußland und Ungarn auffordern. Die hiesigen Reichheitssozialisten verhalten sich nach wie vor ablehnend zu dem Generalstreik. Die hiesigen Bergarbeiter sind mit Ausnahme der Wilhelmsschächte und eines Teiles der Schächte des Erzgebirgischen Steinkohlen-Aktien-Vereins nicht angefahren. Arbeitswillige werden an der Arbeit verhindert. Die nach Dresden entsandte Abordnung, welche vom Wirtschaftsminister eine erhöhte Lebensmittelzuweisung verlangen sollte, ist unverrichteter Sache wieder zurückgekehrt. Bis jetzt ist die Ruhe nirgends gestört.

Pläne österreichischer Gegenrevolutionäre.

Bern, 10. April.

Die sozialistische „Berner Tagwacht“ berichtet über das Treiben der in der Schweiz eingetroffenen österreichischen Aristokraten, die zusammen mit dem von englischer Seite unterstützten früheren Kaiser Karl von der Schweiz aus mit allen Mitteln den Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern, und den österreichischen Kaiserthron wiedererrichten wollten. Im Hintergrunde ständen die englischen Imperialisten, deren Abicht auf die Abdankung Deutschlands und dessen Restitutions im Weltmarkt gehe.

Der Finanzskandal.

Bei dieser Regierung weiß man nicht, was Klümmen ist, ihre Taten oder ihre Unterlassungen!

Die deutschen Finanzen befanden sich schon bei Kriegsende in einem desolaten Zustand. Das war die Schuld der schlechten und leichtsinnigen Politik, die man während des Krieges getrieben hat. Im Gegensatz zu England und Amerika, wo ein großer Teil der Ausgaben durch außerordentliche hohe Einkommen- und Vermögensabgaben gedeckt wurden, behalt man sich in Deutschland mit der Ausgabe von Kriegsanleihen; man schuf dadurch eine erdrückende Zinsenlast, erhielt aber die Kriegsstimmung und die Kapitalisten bei guter Laune. Dazu kam noch die verbrecherische Spekulation Herrn Helfferichs, eines der schlimmsten Verderber unserer Finanzen, auf die Kriegsschuldabgabe.

Eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben unserer revolutionären Regierung wäre es gewesen, dem völligen Ruin unserer Finanzen Einhalt zu tun. Unsere Genossen in der Regierung drängten auch unumfänglich darauf, und es gelang ihnen schließlich, das Reichschatamt dazu zu bringen, die Wegbesteuerung der großen Kriegsgewinne und eine Vermögensabgabe vorzulegen. Unsere Genossen forderten die sofortige Inkraftsetzung der Steuern. Da kam der unbegreifliche und törichte Widerspruch der Einzelstaaten, dem sich leider auch der unabhängige sächsische Finanzminister angeschlossen. Vor diesem Einspruch wußte dann die Regierung, aus der unsere Genossen auswichen, zurück und verbot alles auf die Zukunft der Nationalversammlung.

Dabei wurde aber noch die zweite Maßnahme, die unsere Genossen gleichfalls verlangten, unterlassen, die sofortige Registrierung aller Vermögen und wirklich wirksame Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht. Das Reichschatamt, unter Leitung des nationalliberalen, ganz von kapitalistischen Anschauungen besessenen Herrn Schiffer, erließ nur einige Verordnungen, deren Unwirksamkeit wir jederzeit sofort feststellen konnten und die jetzt auch Herr Schiffer einsehen muß. Er sitzt hinzu, daß er nun, nachdem es zu spät ist, wirksamere Maßnahmen treffen will. Dieses Einverständnis zeigt nur, wie unverzeihlich und geradezu verbrecherisch die frühere Unterlassung gewesen ist.

Seit der Revolution ist fast ein halbes Jahr verfloßen. Das Reichschatamt hat bis zu diesem Tage kein Steuerprogramm noch nicht einmal fertig, achtsamweise denn, daß eine einzelne Steuer wirklich in Kraft gesetzt worden ist! Unterdessen hat sich die Finanzlage völlig geändert. Die Kapitalisten haben auf alle mögliche Weise ihre Werte in Sicherheit gebracht. Die Gesellschaften haben möglichst große Gewinne ausgeschüttet; die verdienstlichen und nicht in Kraft getretenen Bescheide des Herrn Schiffer waren für die Reichen ein willkommenes Ainoerzeu, wie sie ihre Vermögen vor dem Quatiff des Staates sichern wollten. So hat diese Finanzpolitik der Unfähigkeit und des bösen Willens uns in der Zeit der dringlichsten Not um Millionen und Millionen Steuern gebracht im Interesse der Kapitalistenklasse!

Aber noch schlimmer! Statt die Finanzen zu verbessern, hat das Reichschatamt sie völlig in Grund und Boden verwirrt. Die dringendste Aufgabe wäre gewesen, der unaufhörlichen Vermehrung des Papiergeldes, der erschreckenden Inflation und damit dem fortwährenden Steigen der Preise Einhalt zu tun; denn die Preissteigerung zwingt die Arbeiterklasse zu fortwährenden Lohnforderungen und erzeugt die Streiks. Die Kohlen- und Eisenindustriellen benutzen ihr Monopol, das diese sozialistische Regierung sie unangefastet läßt, zu neuen Preissteigerungen, die sich durch alle Industriezweige fortpflanzen und neue Preissteigerungen, neue Lohnerböhen, neue Streiks erzeugen.

So trägt das Reichschatamt schwere Schuld an der Unruhe im deutschen Wirtschaftsleben. Nun hat Herr Minister Schiffer seine Rede gehalten. Er hat einen Etat vorgelegt, der den unabweislichen Nachbetrog von nicht weniger als 7 1/2 Milliarden aufweist. Und was hat Herr Schiffer zu sagen gewußt? Nichts, als daß das Reichschatamt an dem elenden Klackwerk häßlich langsam weiterarbeiten wird, und daß uns direkte und indirekte Steuern beschert werden! Indirekte Steuern, d. h. neue Preissteigerungen notwendiger Bedarfsgegenstände

(andere bringen ja nichts Nennenswertes ein), neue Lohnbewegungen, neue Streiks! Und die direkten Steuern kommen ja so spät, daß ihre Erträge immer zweifelhafter werden. Rußland hat aber auch Herr Schäfer vor der Sozialisierung gewarnt, die der ahnungslose Mann sich nur als vermehrte Bürokratisierung vorstellen kann, um so deutlich zu zeigen, daß trotz Krieg, Revolution und Ruin das Reichsökonomat an dem alten System festhalten will!

Dabei sind die Ausgaben ins Ungemessene gestiegen. In den drei Monaten Januar bis März belaufen sich unsere Seereschulden auf die ungeheure Summe von 8,2 Milliarden. Das ist einfach eine entsetzliche Wirtschaft! Sie erklärt sich ja sehr einfach daraus, daß wir ein sozialistisches Minimum unterhalten und den Krieg mit Rußland fortführen. Ein Anlaßer, verdrückter Krieger, dessen Zweck absolut unangreifbar ist, den wir im Interesse des internationalen Kapitalismus führen, obwohl er unseren Finanzen den letzten Rest gibt.

Da steht sich dieser blutige Diktator, den man an der Spitze des Reichsökonomats in dieser Zeit belassen hat, hin und erklärt in leidenschaftlichem Opportunismus, den nur seine völlige Unkenntnis erklärlich macht, die Finanzen werden schon in Ordnung kommen, das deutsche Volk werde schon die Steuern zahlen!

Es ist eine heillose Wirtschaft, für die die Verantwortung voll und ganz die Verantwortung trägt, und ihr Ende ist noch gar nicht abzusehen, da die Weimarer Verfassung noch gar nicht davon denkt, an die Ordnung der Finanzen zu sehen.

Es ist eine Wirtschaft, für die es keine Entschuldigung gibt und die sich nur darauf beruft, daß das Reichsökonomat sich ungeschützt von den sozialistischen Ministern ausschließlich als kapitalistisches Interessenvertretung betrauen hat, die die Vermögensabgaben hinausschiebt, die Kapitalflucht ausläßt, den Ruin unserer Finanzen energetischen Einwirkungen in die kapitalistischen Einkommen und Vermögen voraussetzt.

Es ist eine trostlose Situation, in die uns die Regierung hineingetrieben hat.

Deutsche Nationalversammlung

Der erste Tag der Etatsdebatten wurde mit einer großen Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann eröffnet. Sie wirkte nichts weniger als imponierend, wenn sie auch das Bestreben zeigte, Staatsmännisch zu erscheinen. Eine neue Note wurde nur in der Erklärung über das Verhältnis zu Rußland angehängt. Die Regierung will in ein freundschaftliches Verhältnis zu Moskau treten, unter der Bedingung daß die bolschewistische Regierung sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmische. Diese schließende Angst vor der „russischen Ansetzungsgefahr“ wirkt geradezu grotesk. Sollte Herr Scheidemann noch ein Atom sozialistischer Geistes oder auch nur politischer Vernunft beibehalten, so hätte er sich sagen müssen, daß man mit Verfolgungs- und Absperrozmaßnahmen gegen Idee, nur das entgegengesetzte Resultat erzielt und die Schwäche seiner eigenen Position offenbart.

Der Zentrumsvorredner Dr. Meißner hielt eine Ariegeversprechende, Bezeichnend für das Niveau dieser Rede war die Erklärung, daß weder das deutsche Volk, noch die damaligen Reichstagsmitglieder den Krieg gewollt hätten, sondern in den Krieg hineingedrängt worden seien. In der Frage des Reichstags suchte der Redner einerseits den Zentrumsarbeitern, andererseits aber auch den Unternehmern entgegenzukommen.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion schlug Herr Meißner kräftige Töne gegen die Regierung an und geißelte namentlich den Kaschibefehl Kosses. Wegen des Verhältnisses zu Rußland forderte er eine direkte Anfrage an die Regierung, ob es zuträfe, daß die Sozialregierung auf das Bestimmteste erklärt habe, sie sei bereit, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen, und daß sie gar nicht daran denke, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen.

Unter allgemeiner Bewegung des Hauses stellte Brockdorff-Ransau, der nach dem Kaschibefehl Kosses, fest, daß eine derartige Erklärung an die deutsche Regierung seitens der russischen Regierung nicht erfolgt sei.

34. Sitzung, Donnerstag, den 10. April.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Präsident des Reichsministeriums

Scheidemann

Herr Meißner über Danzig und kommt dann auf die deutsche Außenpolitik im allgemeinen:

Wir wollen eine gleichmäßige Annäherung an alle Völker, keine erneute Zersplitterung der Welt in Bündnisse und Gruppen, die ja doch im geschichtlichen Augenblick losgehen wie umgeschwemmte Gesteine. Wir hoffen, daß die Liquidierung des Krieges nach dem Osten zu einer vollständigen sein wird. Wir können uns von Rußland nicht die Bestätigung unserer inneren Verhältnisse aufbringen lassen, oder wenn es auf die gewalttätige Propaganda des Bolschewismus zu verweist, wollen wir gern dem russischen Volke die Bruderhand reichen, das ganz so wie wir die falsche Rechnung des bolschewistischen Imperialismus mit Niederlage, Zusammenbruch und schmerzlicher Not hat bezahlen müssen. Der mühsame, bittere Weg zu einer neuen wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung ist uns beiden gemeinsam. Wie sind in diesem auf einander angewiesenen; ich hoffe, daß wir uns zu einander zu finden wissen. (Beifall.) Nach dem Willen, Frankreich gegenüber, kann es für unsere Willen zur Verhältnismäßigkeit seine Unklarheit geben. Wir können die von gegenüber übernommenen Verpflichtungen. Wenn wir in Bezug auf Glas-Richtungen auf eine Volkswirtschaft drängen, so tun wir es nicht in der stillen Hoffnung, einen Punkt zu erreichen, sondern für alle Zukunft neu zu entscheiden oder neue Aufstellungen wegen Vermögensverteilung wegzuräumen. Ob wir wollen oder nicht, jedes Unrecht fordert nach Recht. In irgendeiner Zeit beginnt dieser nicht zu unterdrückende Prozeß der Weltgeschichte. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß der kommende Friede möglichst wenig Spielraum läßt für solche künftigen Auseinandersetzungen. Deutschland muß in der Stille seiner Niederlage wenigstens den Kopf haben, einen Sieg erringen zu haben, den Sieg über den Militarismus. (Beifall.) Werden wir aber, Volkswirtschaft und Regierung, in der Lage sein, diesen unseren Willen zur Vollerfüllung zur Geltung zu bringen? Die Weisheit, die ich für den Erfolg unserer unauferleglichen Aufgabe sehe, kommt nicht so sehr von jenseits der Grenze als

vielmehr aus unserem Volke selbst, aus der unauferleglichen Entscheidung unserer Väter, aus der gärenden Unruhe. Ein Streik löst den anderen ab, der Streik führt ergreifend zu einer Stunde bald die eine, bald die andere Stadt. In einer Zeit, in der endlich für unser ganzes durch Unterernährung und Aufkündigung des Lebens ein Hunger der Nationen winkt, wo die Plünderung sich leidet, in diesem Augenblick ruhen Hunderttausende von Händen, die allein durch ihre Arbeit die Zahlungsmittel schaffen können, ohne die es kein Brot gibt, ohne Brot für unsere Frauen und Kinder gibt. In dem Augenblick, in dem unser aller Ziel neben Brot noch Frieden und nicht als Friede sein kann, vollzieht sich in München ein neuer Akt, wie dort die Räterepublik ausgerufen wird, wie ein Schwab- und Teubländer verhandelt mit der ungarischen und russischen Räterepublik, mit der ausgedehnten Front gegen die ganze Welt. Nicht das Vaterland, nicht die Regierung, aber der Friede ist damit in Gefahr. (Beifall.) Ich bin ein Gegner der Räterepublik als Regierungsform. Wir werden uns gegen die Räterepublik nicht nur aus Gründen der Weltanschauung, nicht bloß aus innerpolitischen Gründen, weil wir in ihr die Zerstörung des letzten Restes kapitalistischer Zusammenhänge sehen, sondern wir werden uns gegen sie, weil wir den Frieden wollen. Wir stehen mit dem Bewußtsein der Räterepublik einen Kampf auf Leben und Tod um des Friedens willen, ohne den wir zugrunde gehen. Nicht die Bündnisse der Weltrevolution haben wir, die schon genau so in Mexiko und China wie die Bündnisse der Monarchien und Imperialisten. (Sehr richtig!) Wir brauchen das große Weltbündnis, den Weltfrieden, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können, ohne die alten Herrschaften der Kulturen und ohne die neuen Lehren bolschewistischer Bürgerkriege. Das trennt uns von den Ideen Lenins, der sich rühmt, schon 1910 empfohlen zu haben, die Kräfte aus dem sozialistischen Programm zu streifen, denn die Überwindung des Kapitalismus ohne Bürgerkrieg ist eine Utopie. (Sehr richtig!) Nein, ohne Revolution wäre der Weltfrieden leerer Formalismus. Wenn zwischen den Völkern die alte Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung abgeschafft werden soll, dann können wir sie erst recht ab in der Auseinandersetzung zwischen Völkern. (Beifall.) Krieg nach innen, Krieg nach außen. Das bringen uns die Lehren des Lenins, der Bolschewismus. Ich will aus der bolschewistischen Bewegung keinen Kinder- und Bürgerkrieg machen. Ich halte mich an Taktiken, an Lenins Befehl zum Bürgerkrieg, an Kosses Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen die Entente am Rhein, an den Bündnisvertrag der Münchner Räterepublik und an den Vertrag des Kommunismus an der Spitze, die neue Weltlehre der Sowjets mit Feuer und Schwert durch die Welt zu tragen. In diese Taktiken halte ich mich, wenn ich dem deutschen Volke zurufe: Wacht auf, jetzt um Euch, erkennt den Augenblick, der sich vor Euch, Euren Kindern und unser aller Zukunft eröffnet. Hier darf es keine Parteigrenzen geben, einzig sein in der Abwehr der Räterepublik heißt, sich zu sammeln in der großen, das ganze Volk zusammenfassenden Partei, deren einziger Programmsatz lautet muß: erst und vor allem Frieden. (Beifall.)

Während wir hier über die Zukunft der Republik beraten, hat in Berlin der zweite Reichstag sich eröffnet. Wir beglücken seine Verhandlungen mit Interesse und mit dem besten Willen. Er soll nach dem Willen seiner Einberuher dem Wohl der deutschen Zukunft dienen. Möge er den gleichen Weg gehen wie die Reichsregierung, indem sie aus dem Rätegedanken das Beste für unser Volk zweckdienlich entnimmt und nutzbar macht. Eine schwere Verantwortung liegt auf seiner Tagung. Möge er sich klar darüber sein, daß man geistige Bewegungen nur mit geistigen Waffen bekämpfen, aber geistige Neuerungen auch nur auf geistigem Wege einleiten kann. Der Sozialismus kann einem Volke ebenbürtig aufzuzwingen werden, wie uns Deutschen in eine Reaktion wieder aufzuzwingen werden kann. (Beifall.) Wir wollen der wirtschaftlichen Demokratie den Weg öffnen, wie wollen sie die notwendigen Organe schaffen und die Sozialisierung so einleiten, daß sie eine Quelle der Wohlfahrt, nicht einen Spalt für die Furchung bildet. Aber während wir so dem Bolschewismus den Nährboden entziehen, bleibt uns nichts anderes übrig, als seine gewalttätigen Ueberwindungsversuche gewaltlos abzuwehren. (Beifall.) Es ist nicht unsere Schuld, wenn das Wort Gewalt noch nicht aus dem Wörterbuch unseres Volkes verschwunden kann. Helfen Sie uns, daß es bald verschwinden kann, daß es nicht vererbt wird in seinem schlimmsten Begriff, dem Gewaltfrieden. (Beifall.)

Herr Meißner (N.): Ein Gewaltfrieden würde den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen, die ja nicht gleich zu kommen brauchen, die aber kommen müssen. Für den Frieden erheben wir drei Forderungen, ohne die es eine Einigung nicht geben kann: Klärung des bestehenden Gedankens bei Friedensschluß, Klärung unserer Forderungen und Aufhebung der Blockade. Wir haben uns zu den 14 Punkten Wilsons bekannt, aber gerade auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes sprechen wir aus, daß alle besetzten Gebiete, alles was im Osten oder Westen abgetreten werden soll unbesetzbar und unbesetzbar deutsche Gebiete sind. Wir verlangen auch, daß im Friedensschluß unsere Kolonien nicht weggeworfen werden. Wir haben uns bereit erklärt, den angegriffenen Gebieten wieder gutzumachen, aber diese Wiedergutmachung muß erfolgen auf Grund der Listen, die wir geführt haben, und die wir vorlegen werden. Nach dem materiellen Inhalt der Friedensbedingungen stellt der Völkerbund Wilsons eine große Rolle. Wenn dieser Völkerbund zustande kommt, so muß Deutschland als vollberechtigtes Mitglied in diesen Völkerbund aufgenommen werden. In den Kreis der Schlichter des Völkerbundesgerichtshofes muß auch der Papst mit einbezogen werden. Ich muß bei der Gelegenheit mein tiefstes Bedauern ausdrücken, daß es in Deutschland Männer gibt, die glauben, und die Schuld am Kriege aufbürden zu sollen. Von vereinzelten Entwürfen abgesehen, hat das deutsche Volk diesen Krieg nicht gewollt (sehr richtig) und lebhaft Zustimmung) und ich füge hinzu: Auch die damaligen Reichstagsmitglieder haben diesen Krieg nicht gewollt, sondern wir sind in diesen Krieg hineingedrängt worden. Ich meine aber ernstlich in dieser Schlußphase unseres Volkes unsere Feinde. Es kann die Zeit kommen, wo wir erklären: nein, diesen Frieden der Gewalt und des Zwanges will ich nicht. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Will man uns die Feder zur Unterzeichnung eines solchen Gewaltfriedens in die von Hunger und Entbehrung entzündete Hand drücken, dann kann es sein, daß diese Hand nicht unterschreibt, sondern zum letzten Widerstand sich zusammenschließt. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.) Wenn neben das niedergebeugte und vom Bolschewismus gezeichnete Rußland auch noch ein niedergedrücktes Deutschland gestellt wird, dann kann es kommen, daß statt des milden Lichts des Friedens die Flamme aus dem Abgrund schlagend und der Zukunft des Weltbolschewismus eintritt, der den Bruderkampf bedeutet und die Vernichtung aller Kultur. (Lebhafter Beifall.) Die Tatsache, daß der Bolschewismus in Bayern Fuß gefaßt hat, ist nicht mehr eine Angelegenheit, die Bayern allein angeht, sondern es ist die Pflicht des Reiches und aller deutschen Bundesstaaten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Das Wort „Räterepublik“ erweist sich nicht als heftige Klänge, aber man kann ihm einen guten und besseren Gehalt geben. Der letzte Regierungsvorstoß zur Einlösung des Rätebündnisses in die Verfassung ist kein Erfolgsergebnis. Er ist eine unangenehm notwendige soziale Forderung, die uns in ihrem sachlichen Grundgedahl durchaus berechtigt erscheint. (Sehr richtig!) Der Arbeiter darf nicht wie bisher Objekt des Wirtschaftens sein, sondern er muß sein Subjekt werden. Das Rätebündnis soll nicht einen Übergang zur Klassenregierung bedeuten, aber es ist ein vorübergehendes Mittel zur Ver-

handigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das Mindeste ist die Ordnung des Betriebes der Gewerkschaften, aber die Gewerkschaften müssen auch selber gehalten werden. Die politische Arbeit muß bei der Volkswirtschaft bleiben, aber wirtschaftliche Fragen können durch das Reichsparlament besser aufgearbeitet und verfaßt werden.

Herr Meißner (N.): Ein weltlicher Friede ist nur dann erreichbar, wenn es ein Friede des Rechtes ist, wenn unser Volk über die Vermögensverteilung aus dem Kriege herkommt. Wenn die Vermögensverteilung in feindseligen Völkern der Angst unterliegt, daß in Deutschland der Militarismus wieder erstarren könnte, so ist das eine falsche Rechnung. Die anderen Völker sollten erkennen, daß in Deutschland der Militarismus für alle Zeiten beseitigt ist, wenn wir die Einrichtung eines Staatsgerichtshofes, der unparteiisch die Schuld an diesem Kriege untersuchen soll. Schiedsrichter sind während des Krieges vorgekommen bei allen Völkern, auch bei unserem Völkern. Ich erinnere daran, daß bei der Erschießung des englischen Kapitäns die Militärbehörde die dringenden Besuchen des auswärtigen Amtes gegen die schnelle Urteilsvollziehung mit den Worten zurückwies:

„Wir kennen kein Auswärtiges Amt.“

Ebenso wie den Frieden mit der Entente erstreben wir auch Frieden mit dem benachbarten russischen Volk. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß die russische Regierung ausnahmslos und auf das Bestimmteste unsere Regierung erklärt hat, sie sei bereit, Frieden zu schließen und denke nicht daran, ihre Heere über unsere Grenzen zu führen, solange wir, solange aber, daß unser Heer innerhalb unserer Grenzen bleibt. Ebenso wichtig wie der Friede nach außen ist aber auch, daß wir Frieden im eigenen Lande bekommen. Die schlimmsten Ausdehnungen können nur mit Waffengewalt niederschlagen werden, aber das ist kein wahrer Friede. (Sehr richtig!) Damit wird ihnen in die Hände gearbeitet, die nur darauf lauern, bis das arbeitende Volk sich durch Widerstände so sehr geschwächt hat, daß die anderen mit den Herrschenden der Revolution aufstehen und die Gewalt Herrschaft wieder einführen können. (Beifall, Zustimmung.) Wir müssen dringende bitten, daß die Truppen nicht eingreifen, wo es der eigenen Bevölkerung möglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Die Regierung muß danach streben, daß die Truppen nur in Ausnahmefällen und Uebergriffen gerufen und daß die Uebergriffe ebenso scharf und scharf bestraft werden wie von der anderen Seite. Es ist ein Befehl veröffentlicht worden, der ausgeht vom Oberkommando Kosses, Abteilungsleiter in diesem von einem Offizier v. Hofmann unterzeichneten Befehl wird die Schwärze über einen Anhänger des Spartakusbundes verhängt, war aus dem Grunde,

weil der Mann dem Spartakusbund angehört,

der zu Gewalttätigkeiten aufsteigt. Der Grund ist nicht etwa, daß der Verhaftete selbst zu Gewalttätigkeiten aufgefordert worden ist. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Soweit darf man unter keinen Umständen gehen. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Ich erwarte von der Regierung eine Erklärung, daß solche Befehle ungültig sind, daß die auf Grund solcher Befehle Verhafteten sofort wieder freigelassen werden. Zur Befreiung des Hungers müssen die Kräfte zusammenhalten. Deshalb können wir mit aller Schärfe die Räterepublik ab, denn sie bedeutet nicht die Einigung der Kräfte, sondern die Vergewaltigung der Räterepublik durch eine Minderheit. Wir lehnen jede Vergewaltigung ab, eine Diktatur des Kapitalismus. (Sehr richtig! b. d. Sog.) Die ersten Lebensmittel aus dem Ausland kommen jetzt herein. Man kann sie aber nicht mechanisch nach der Einwohnerzahl verteilen. Auch in diesen Mittelstädten herrscht bittere Not. Das Brot soll 200 M. kosten. Wer kann denn das bezahlen? Die jenseitigen Preisen müssen ja Lohnforderungen kommen. Die Forderungen für die minderbemittelten Kreise müssen geschaffen werden. Ein schamloses Schwindelgeschäft macht sich breit. Die Schulden gehören ins Juckhaus. Den Geh von der Räterepublik des Eigentums können wir in dieser schweren Zeit nicht erkennen. Jeder, der mehr hat als er braucht, darf nicht mehr nur noch als Eigentümer der Gemeinheit verurteilt. Die Durchführung dieser weitgehenden Forderungen brauchen wir eine starke Regierung. Ein Teil selbst der stärksten Militärs der Regierung arbeitet nicht mit, sondern gegen die besten Männer. (Sehr richtig! links.) Jetzt muß schnell gearbeitet werden und produziert werden. Darum brauchen wir die Arbeiterräte als vorwärtstreibenden Faktor. Die Nationalversammlung darf sich dieser Entwicklung nicht entgegenstellen, sondern muß dafür sorgen, daß sie sich in Form vollzieht, die der Gesamtheit zum Segen gereicht. (Beifall, b. d. Sog.)

Am 10. April wird die Weiterberatung auf 14 Uhr vertagt. Nach der Pause nimmt Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ransau

das Wort:

Seit meiner Programmrede vom 14. Februar hat sich die Lage nicht wesentlich geändert. Wir stehen vor hartem und kühl rechnenden Feinden und haben ihnen gegenüber nur eine Waise: Das ist die Verurteilung auf die Friedenverhandlungen, über die wir Anfang November, bevor unsere Waffen und unsere Glacis ausriefen, eine gemeinsame Lage in einem wesentlichen Punkte eintrifft, können wir nicht untergehen. (Beifall.) Erweitern Sie die deutsche Forderung annehmen, daß der einflussreichste, die Bevölkerung das Recht garantiert wird, über ihre Mittel und Geld durch unbedingte Willensäußerung selbst zu bestimmen. Im Osten haben wir eine schwere Krise durchgemacht. Die Welt vorläufig überwinden, denn die Entente hat sich bereit finden lassen, auf die Forderung bei Danzig zu verzichten. In der Frage Nordafrikas haben sich die Dinge nicht geändert. Wenn die frühere deutsche Regierung im vergangenen Jahre erklärt hat, daß sie auch für die streitigen Nordafrikanischen Gebiete die Wilsonschen Grundzüge anzuwenden entschlossen sei, so hat sie dabei nur ungewissheit dänisch besiedelte Gebiete im Auge gehabt. Die Vorbereitungen für die Angliederung des Deutsch-Ostafrikas sind inzwischen weitergeführt worden. So ist ganz abgeschlossen, die Frage der sinesischen zentralen Ansprüche an Deutschland ohne Verhandlung mit unseren Schwächlingen zu Wien. Wir sind bereit, am besten die Wünsche der Gegner sowohl auf ihre Schadensforderungen wie auf ihre Forderungen nach unserer Zahlenschnelligkeit mit dem Offenkundigen Rede und Antwort zu geben. Es wird rascher sein, wenn sie mit uns verhandeln, als wenn sie Wege zu Wege, von Monat zu Monat versuchen, untereinander über die Höhe eines zu werden, die vor der Wirklichkeit der Welt doch nicht bestehen. Nur ein wirtschaftlich erhellendes Deutschland kann seinen bisherigen Reichtum, seinen wirtschaftlichen Schaden des Krieges wieder gut zu machen. Dazu bedürfen wir der Freigabe des industriell und landwirtschaftlich so wichtigen Westens, der jetzt nicht nur vom Reich, sondern entgegen dem Vorkriegsstand abgenommenen, dem übrigen Deutschland abgenommen ist. Wir bedürfen der schleunigen Aufhebung der Blockade, dieser grausamen Zwangsregel, mit der man trotz Waffenstillstand weiter gegen den Krieg führt. (Beifall, Zustimmung.) Wir brauchen endlich die Freigabe von Lebensmitteln unter Bedingungen, die uns den Ankauf überhaupt erst möglich machen. Die Preise und die Begleichung lassen uns die bisherigen Lieferungen nicht wieder zu arbeiten, und um diese Rohstoffe zu kaufen, wir Kredit. Wenn die Gegner Deutschland wirklich

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am Hiltowplatz.
Opernhaus. 7 Uhr: Joseph in Ägypten.
Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Judasflocke.
Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater.
Kammerspiele. 7 Uhr: Faschiaz.
Kleines Schauspielhaus. 7 Uhr: Die Büchse der Pandora.

Neues Operettenhaus. Schillbauerdamm 14.
Lessing-Theater. Direkt: Victor Barowsky.
Rose-Theater. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Walhalla-Theater. 7 Uhr: Der Jäger aus Karpaten.
Casino-Theater. 7 Uhr: Der rote Hahn.
Vater Knolle. Berliner Volksstück in 3 Akten.

Wintergarten. 7 Uhr: Varietévortrag.
Theater. 7 Uhr: Die Judasflocke.
Blies-Sänger. ehemalige Mitglieder der Stettiner Sänger.

Homöopath. 11-1 und 5-7 Uhr.
Müggelstr. 25. Dr. Meyenberg.

Facharzt Dr. Meyenberg. 11-1 und 5-7 Uhr.
Jägerstr. 12.

Facharzt für Haut-Harn-Frauenleiden. 11-1 und 5-7 Uhr.
Jägerstr. 12.

Erfinder. Ausarb. Anmelde. von Patent.
Mein selbst erprobtes Rezept.

Verloren von armen Familien.
Achtung Spandau. Die Redaktion der 'Freiheit'.

SALE für Vereine, Gesellschaften, Tanzlehrer.
Kellers Konzert- und Festsäle, Berlin 0.
Größte Sensation des Ostens.
Eröffnung demnächst!

PIANOS, FLÜGEL neu und gebraucht.
Römhildt A. G., Leipziger Str. 119/120

Siemensstadt. An unsere wertere Kundschaft!
Laut Bekanntmachung des Magistrats.

Geschlechtskranke. Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt.
Warnung angeblicher Spezialärzte.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden.
Löser, Münzstr. 9.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden.
Zähne. M. Löser, nur Brunnenstraße 185.

Arbeiter - Radf. - Bund 'Solidarität'.
Vermißt. Willi Curt.

Arbeiter - Radf. - Bund 'Solidarität'.
Willy Curt, Berlin-Pankow.

Landrichter, außerordentlich.
Rechts-Ankündgel.
Kammler, Hübner, große Auswahl.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Verein Berlin.
Bureau: Engelauer 15, 3 Tr., Zimmer 53.
Am Sonntag, den 13. April, vormittags 10-1 Uhr.

Delegiertenwahlen zum außerordentlichen Verbandstag.
Liste von Delegierten: Moabit, Wedding, Köpenick, etc.

Achtung! Sonnabend, den 12. April, vormittags 10 Uhr.
Berliner Eisen-, Metall-, Revolververbreiter.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe.
48 Seiten. Preis 35 Pf. Aufl. 100 000 Exempl.

Potsdam. Unsere Expedition Potsdam.
Verlag 'Freiheit', e. G. m. b. H.

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung.

Dankagung. Für die rege Teilnahme beim Hinscheiden.

Potsdam. Unsere Expedition Potsdam.
Verlag 'Freiheit', e. G. m. b. H.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Todesanzeige. Alfred Klinke.

Nachruf. Des Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen.

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, dass unser Lagerhalter, Genosse Josef Bartl.

Zentralverband der Maschinisten und Schlosser.
Generalversammlung. Tagesordnung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Generalversammlung. Tagesordnung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall-, Revolververbreiter.

Branchen-Versammlung der Emailierer und verwandten Berufe.

Achtung! Werkzeugschleifer! Achtung!
Wertzeugschleifer. Sonntag, den 13. April.

Zentralverband der Glasarbeiter.
Mitglieder-Versammlung.

Freie Jugend: Gruppe Wollsee.
Jugendversammlung.

ParteiSekretär. Für Schließen gesucht.
Die Weltrevolution. Ausgabe für Arbeitslose.

Tätowierung entfernt.
C. WEISSERT. Sprechst. 11-12 u. 4-7.

Zweiter Rätekongreß.

Dritte Sitzung vom 10. April 1919, 10 1/2 Uhr.

Vorsitzender Kaufhold: In Sachen Ledebour wurde uns vom Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin I mitgeteilt, daß er den Antrag auf Haftentlassung an den zuständigen Staatsanwalt weitergeleitet habe. Vom Landgericht I, Strafkammer 7, ging uns ein Schreiben zu, worin mitgeteilt wird, daß die ständige Strafkammer bei ihrem Beschlusse vom 5. dieses Monats beiseite steht. Es wird anbelegelt, die Verteidiger Ledebours zu veranlassen, gegen den ihren Haftentlassungsantrag ablehnenden Beschlusse vom 18. dieses Monats das Rechtsmittel der Beschwerde einzulegen. (Auf bei den Unabhängigen: Unerschämtheit!)

Dr. Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß sich hier immer eine Behörde hinter der andern verberge. Wenn es gut geht, werde das Landgericht in etwa 8 Tagen, wenn es nicht nach dem Schluß des Kongresses seine Entscheidung fällen. Darum schlage er vor, eine Kommission zur Betreibung der Haftentlassung Ledebours, wie im Fall Brandes, einzusetzen. — Mit diesem Vorschlage erklärt sich der Kongreß einverstanden.

Sach (Soldatenfraktion) erstattet den Bericht den im Fall Brandes

Eingeflehten Kommission: Wir haben Roske das ganze Material vorgelesen und waren uns darüber einig, daß wenn nicht mehr belastendes Material gegen Brandes vorliege, die Haftentlassung sofort verfügt werden müßte. Roske sagte das und erklärte, es könne möglich sein, daß bei den ihm zu- und ergangenen Mitteilungen Uebertreibungen war. (Hört, hört!) Er wandte sich in unserem Wesen sofort an den Untersuchungsrichter und Staatsanwalt in Potsdam. Außerdem hat das Mitglied unserer Kommission Kolmer vom Major Gilja den Bescheid bekommen, daß heute schon die Verhandlungen über den Bescheid aufgenommen werden würden. Wir werden also heute den Bericht bekommen, ob er entlassen werden wird oder nicht. Roske hat sich selbst dafür eingesetzt und erklärt, er wolle, wenn das Material nicht gar zu belastend für Brandes ist, daß er und die andern sofort in Freiheit gesetzt werden.

Reichsernährungsminister Schmidt gibt namens der Regierung zu dem Vorschlägen im Ruhrrevier

folgende Erklärung ab: Die Regierung hat sich wiederholt bemüht, eine Verständigung mit Vertretern der Bergarbeiter herbeizuführen. Schon am 1. April wurde für Schwerkraftarbeiter eine besondere Zulage an Lebensmitteln zugesagt, wenn die volle vereinbarte Sachicht verfahren wird. Auf den Kopf der gesamten Belegschaft sollte für die Woche eine Zulage von 60 Gramm Speck gewährt werden; sie wird erhöht, sobald die Förderung ein bestimmtes Normalmaß erreicht oder übersteigt. Die erste Rate kommt zur Verteilung, sobald die Vereinbarungen tatsächlich innegehalten werden bezüglich der Förderung. Das Normalmaß wird unter Zuzugung von Arbeitervertretern nach dem Durchschnitt der den ersten 10 Monaten des vorigen Jahres geförderten Kohlen bemessen. Vertreter der Bergarbeiter haben zu erkennen gegeben, daß sie mit diesen Zuwendungen unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden seien. Soweit die Forderungen der Bergarbeiter auf rein wirtschaftlichem Gebiet liegen, ist die Reichsregierung bestrebt, auf Verständigung hinzuwirken, und beim Reichsarbeitsministerium finden diese Bemühungen berechnungsmäßige Unterstützung. Dagegen muß es die Regierung ablehnen, über allgemeine politische Forderungen der Bergarbeiter Vereinbarungen zu treffen. (Hört! Hört! bei den Unabhängigen.) Die wirtschaftliche Lage ist besorgt, daß wir kaum die Möglichkeit besitzen, unser Volk im Lande zu ernähren. Jeder Generalstreik bringt uns dem Abgrund näher. Ohne Kohlen kein Brot! (Beifall.)

Drei Mitglieder einer Rätefraktion des Zentralrats sollen die Kongreßteilnehmer 25 Mark freie Tagegeld neben freier Reise erhalten, daneben auch Entschädigung für entgangenen Lohnverdienst bis zu 17 Mark pro Tag.

Rumnebel wird die Beratung des Geschäftsberichts

Geermann-Rönnigberg (Soz.): Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Geermann-Rönnigberg (Soz.):

Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Geermann-Rönnigberg (Soz.):

Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Geermann-Rönnigberg (Soz.):

Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Geermann-Rönnigberg (Soz.):

Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Geermann-Rönnigberg (Soz.):

Wenn sich die Landarbeiter ebenso benehmen würden wie unsere Industriearbeiter, stände es schlimm um das deutsche Volk, sie hätten eigentlich viel mehr Anlaß zur Verzweiflung nach der Behandlung, die ihnen noch heute von Landräten und Regierungspräsidenten anteil wird, und doch ist für Verantwortlichkeitsgefühl sehr stark. Wenn keine Kontrolle der Arbeiterräte mehr stattfinden sollte, wo noch die alten Beamten vorhanden sind und die Verwaltungsdirektoren nicht durch demokratische Einwirkungen ersetzt, dann läge ich ganz offen, man soll lieber die Weiber sparen. Vom Zentralrat ist nichts gezeichnet für einen einseitlichen Ausschuss des Rätebundes bezüglich der politischen Kontrolle. Der Zentralrat hat sich nicht mal die Mühe gegeben, das Durcheinander der Räte im Deutschen Reich zu klären. Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Zentralrat der politischen Kontrollfähigkeit der Räte außerordentlich kühl gegenübersteht. In Österreich ist durch eine Verfügung vom 1. Januar, die auch Reichskommissar Sinnig bekräftigt, festgelegt worden, daß die Soldatenräte sich lediglich auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß auf militärische Angelegenheiten zu beschränken haben. Ich muß feststellen, daß von dem Tage an, wo die Soldatenräte als Vertreter der militärischen Macht von den Arbeiterräten getrennt worden sind, das Freiwerden der Unterdotiert. Redner kommt nun auf die bekannten Verhandlungen des österreichischen Problems mit der russischen Sowjetregierung zu sprechen. Die eingeleiteten Telegramme haben wir der Reichsregierung übermitteln, die erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen könne mit Rücksicht auf die Entente. Daraufhin haben wir die Reichsregierung gebeten, uns wenigstens austretenden Grenzschutztruppen zu schicken, es wurde aber erklärt, daß die Reichsregierung dazu leider nicht in der Lage sei. Wir in Österreich haben die Folgen dieser Politik auszubaden und darum frage ich die Reichsregierung, ob ihr Standpunkt heute noch derselbe ist wie im Januar. Wir beantragten dann selbst Werbungen, aber nachdem wir sahen, wie sich dieser Grenzschutz entwickelt hat, (Hört, hört! bei den U. Soz.) haben einseitig beide sozialistische Parteien die Werbungen eingestellt. Die dort angeworbenen Truppen folgen lediglich den Befehlen ihrer alten Führer, die mit Ordnung geschult sind, es sind keine kleinen Bauernjungen, Grundbesitzer usw., sie haben kein politisches Motiv, ihnen ist es gleichgültig, ob diese oder eine andere Regierung besteht. Dabei kommen auch die Hebergrenze der Hauptstadt die Unmöglichkeit der Proletariats. (Sehr richtig!)

Deutschlands vereinigt auch! Dann werden wir die Träger des internationalen Sozialismus sein. (Beifalliger Beifall und Hände klatschen.)

Reisende des Reichsbundesvorsitzenden Dr. Oetker: Im Januar war die Frage, ob die Verhandlungen mit der Sowjetregierung eine Gefahr für die deutsche Sache seien, daß infolgedessen ein Demagog der bolschewistischen Kräfte verschwiegen wurde. Wir haben abgelehnt keine Garantie dafür, daß diese Kräfte, die völlig ohne jeden Lebensmittelmangel waren, auch wirklich in der Hand der russischen Regierung waren. Auf die Anfrage des Genossen Doornik, wie sich die Regierung gegenüber zu Verhandlungen mit der russischen Sowjetregierung stellt, möchte ich zur Antwort auf die Ausführungen des Reichsbundesvorsitzenden Scheidemann und des Reichsministers Roske in der Nationalversammlung hinweisen, daß keine feindseligen Beziehungen untereinander besteht und die Reichsregierung den Wunsch hat, so schnell wie möglich unsere Truppen aus den besetzten Gebieten herauszuführen, ebenso auch den Wunsch, die russischen Kriegsverbrechen, die infolge des Verbots der Entente nach in Deutschland bleiben müssen, so schnell als möglich beseitigen zu lassen. Ebenso hat die Regierung den lebhaften Wunsch, auch mit der russischen Regierung genau wie mit allen anderen Völkern freundschaftliche, wirtschaftliche Beziehungen wieder aufzunehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die russische Regierung davon Abstand nimmt, sich in unsere deutsche Verhältnisse einzumischen, genau so, wie wir darauf verzichten, auch in unsere russische Verhältnisse einzumischen. Bezüglich der Ueberrückführung der Regierungstruppen in Königsberg hätte der Redner auch feststellen müssen, daß vor ihrem Einmarsch mehrere tausend jungen Soldaten und anderen Leuten unser patriotischer Führung Ueberrückführung begangen worden sind. (Zuruf bei den Unabhängigen: Schwandell!) Damit stellen Sie (zu den U. Soz.) Ihre Bewegung ein. (Beifalliger Beifall.)

Ich stelle hiermit fest, daß die U. S. R. und Kommunisten den Generalstreik im März nicht nur künstlich hervorgerufen haben, sondern auch nichts getan haben, um Gewalttaten zu verhindern, sondern im Gegenteil alles belächelt, was zur Schaffung von Ordnung unternommen wurde. Die große Mehrheit der Bevölkerung begrüßt das energische Vorgehen der Regierung. Ueberrückführung der Regierungstruppen mögen dazugekommen sein, aber nur infolge der Erregung über die Ueberrückführung von der anderen Seite.

Es liegen folgende Entwürfe vor. Ratsli beantwortet folgende Resolution:

Der Rätekongreß bedauert die Politik, die einen kontinentalen europäischen Zukunftsplan und damit die wichtigste Voraussetzung eines sozialistischen Völkerbundes unmöglich macht. Er bedauert, daß das deutsche Volk in einen neuen Wegesatz zu dem französischen Volke hineingetrieben wird. Er beurteilt, daß der deutschen Volkswirtschaft wichtige Tatsachen über die deutsch-französischen Beziehungen vorenthalten oder entstellt wiedergegeben werden.

Die Unabhängigen Dr. Oetker und Rosenfeld haben folgenden Antrag eingebracht: Der Rätekongreß beschließt, unter Zuzugung eines aus 3 Personen bestehende Kommission auf seiner Mitte nach dem Sowjet-Rußland zu senden, um die dortigen Zustände einer objektiven Prüfung zu unterziehen. Ueber das Ergebnis dieser Studienreise ist dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.

Schulze-Dannenberg (Soldatenrat) wendet sich dagegen, daß man die Soldatenräte aufgeben wolle. In dem Kampfe um ihre Anerkennung sind die Soldatenräte unterlegen. Hier hat auch der Zentralrat durchaus verlagert. Die Soldatenräte waren gut genug, den Wiederaufbau des Heeres zu übernehmen. Wer war es denn, der am 19. Januar dem bekannten Volksputsch einen Dank entgegensetzte? Die S. Räte waren es. Der Redner wendet sich sodann gegen die Freiwilligenkorps und bespricht eingehend die Verpflegungs- und Entlohnungsverhältnisse. Auch die beschleunigten Militärverfahren setzen sich zu einem großen Teile herbeischaffen, wenn man den S. Räten freie Hand gebe. Unsere Aufgaben sind also noch lange nicht abgeschlossen. Wir sind nicht überflüssig! Es ist bedauerlich, daß die neue Reichswehrverfassung die S. Räten nur eine beratende Stimme in Wirtschaftskongressen einräumt. Auch ist in dieser Vorlage zu beanstanden, daß die Auswahl der Führer durch die Generalkommandos erfolgen soll. Begrüßen können wir lediglich die Reform des Besoldungsrechts und des Strafrechts. Die Bewaffnung der bestehenden Räte muß ebenfalls als ein großer Fehler bezeichnet werden. Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Tatsache zu lenken, daß das Banner und der Großgrundbesitzer haben. Bei einem Großgrundbesitzer fanden sich 500 Menschen. Das die Regierung die Arbeiterklasse einwohnt, so darf sie bei der Bewaffnung vor den bestehenden Klassen keineswegs Halt machen. (Beifall.)

Oetker-Leipzig (U. Soz.): Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinausschicken. (Beifalliger Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angebliehen Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Salmel (Recht. Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Dr. Oetker: Ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertreten über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen. Diese beiden Weiber sind die Vertreter der Deutschen im Arbeiterrat in Petersburg. Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß die beiden bei ihrem Erscheinen von dieser Affäre nichts erzählt haben. Beim Vorlesen ihrer Papiere ergibt sich, daß beide geborene Deutsche sind (der eine stammt aus Hannover) und daß sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten.

Doornik (Recht. Soz.): Als ein Mitglied des Zentralrats den von Oetker erwähnten Zwischenruf machte, hatten sich diese beiden Weiber in einer Weise benommen, die sie als Gäste hier im Saale unmöglich macht. Ihr Verhalten war so, daß man annehmen mußte, sie wollten die Versammlung stören. (Beifalliger Beifall.)

Der Kongreß stellt sich auf den Standpunkt, daß die beiden Gäste als legitime Vertreter irgendeines ausländischen Arbeiterrates nicht zu betrachten seien. — Die Debatte wird fortgesetzt.

Weinbrenner-Duisburg beklagt sich lebhaft über die Ergebnisslosigkeit des Kongresses.

Meier (Zentralrat): Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschätzten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimenter, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Genosse Doornik hat hier gestern eine Auslandsliste vorgelesen, die wir übrigen Mitglieder des Zentralrats nicht annehmen. Denn wir müssen bedenken, daß es auch in England und Amerika noch Arbeiter gibt. Die Unabhängigen treten jetzt nicht gegen den Grenzschutz auf. In Österreich haben sie ihn aber nicht nur gebildet, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Nationalismus verwenden wollen.

Präsident Richard Müller teilt mit, daß das als Gast angekommene Mitglied der Nationalversammlung Davidsohn aus dem Wort bittet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen die Verteilung wenden, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Als alter Soldat und als Vertreter der Sozialdemokratie in Reichstag und jetzt in der Nationalversammlung möchte ich einige Worte zur Soldatenfrage an den Kongreß richten. Die Soldaten sind eine riesige Bewegung, und ihre Aufgabe ist es, die Soldaten zu organisieren. Ihre Soldaten nicht lernen, sondern zu arbeiten. Ich schimpfe, schimpfe und schimpfe nicht, aber ich arbeite nicht mit. Grundrührende Arbeit ist aber notwendig als alle langen Kongresse. (Beifalliger Beifall.)

Oetker (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder herausgegeben und sie dem ganzen Rat zur Verfügung gestellt. Nach mir über schärfste Kritik an dem Vorlesen einzelner Mitglieder gegen die Soldatenräte. So haben wir beispielsweise beim Generalkommando in Hannover Protest dagegen eingelegt, daß man ein Mitglied des Odenburger Soldatenrats, das der Zentralrat entsandt hat, unter Anführung der Namen der Soldatenratsmitglieder herausgegeben hat. (Beifalliger Beifall.)

Dr. Oetker: Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinausschicken. (Beifalliger Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angebliehen Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Salmel (Recht. Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Dr. Oetker: Ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertreten über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen. Diese beiden Weiber sind die Vertreter der Deutschen im Arbeiterrat in Petersburg. Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß die beiden bei ihrem Erscheinen von dieser Affäre nichts erzählt haben. Beim Vorlesen ihrer Papiere ergibt sich, daß beide geborene Deutsche sind (der eine stammt aus Hannover) und daß sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten.

Doornik (Recht. Soz.): Als ein Mitglied des Zentralrats den von Oetker erwähnten Zwischenruf machte, hatten sich diese beiden Weiber in einer Weise benommen, die sie als Gäste hier im Saale unmöglich macht. Ihr Verhalten war so, daß man annehmen mußte, sie wollten die Versammlung stören. (Beifalliger Beifall.)

Der Kongreß stellt sich auf den Standpunkt, daß die beiden Gäste als legitime Vertreter irgendeines ausländischen Arbeiterrates nicht zu betrachten seien. — Die Debatte wird fortgesetzt.

Weinbrenner-Duisburg beklagt sich lebhaft über die Ergebnisslosigkeit des Kongresses.

Meier (Zentralrat): Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschätzten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimenter, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Genosse Doornik hat hier gestern eine Auslandsliste vorgelesen, die wir übrigen Mitglieder des Zentralrats nicht annehmen. Denn wir müssen bedenken, daß es auch in England und Amerika noch Arbeiter gibt. Die Unabhängigen treten jetzt nicht gegen den Grenzschutz auf. In Österreich haben sie ihn aber nicht nur gebildet, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Nationalismus verwenden wollen.

Wort bittet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen die Verteilung wenden, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Als alter Soldat und als Vertreter der Sozialdemokratie in Reichstag und jetzt in der Nationalversammlung möchte ich einige Worte zur Soldatenfrage an den Kongreß richten. Die Soldaten sind eine riesige Bewegung, und ihre Aufgabe ist es, die Soldaten zu organisieren. Ihre Soldaten nicht lernen, sondern zu arbeiten. Ich schimpfe, schimpfe und schimpfe nicht, aber ich arbeite nicht mit. Grundrührende Arbeit ist aber notwendig als alle langen Kongresse. (Beifalliger Beifall.)

Oetker (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder herausgegeben und sie dem ganzen Rat zur Verfügung gestellt. Nach mir über schärfste Kritik an dem Vorlesen einzelner Mitglieder gegen die Soldatenräte. So haben wir beispielsweise beim Generalkommando in Hannover Protest dagegen eingelegt, daß man ein Mitglied des Odenburger Soldatenrats, das der Zentralrat entsandt hat, unter Anführung der Namen der Soldatenratsmitglieder herausgegeben hat. (Beifalliger Beifall.)

Dr. Oetker: Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinausschicken. (Beifalliger Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angebliehen Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Salmel (Recht. Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Dr. Oetker: Ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertreten über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen. Diese beiden Weiber sind die Vertreter der Deutschen im Arbeiterrat in Petersburg. Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß die beiden bei ihrem Erscheinen von dieser Affäre nichts erzählt haben. Beim Vorlesen ihrer Papiere ergibt sich, daß beide geborene Deutsche sind (der eine stammt aus Hannover) und daß sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten.

Doornik (Recht. Soz.): Als ein Mitglied des Zentralrats den von Oetker erwähnten Zwischenruf machte, hatten sich diese beiden Weiber in einer Weise benommen, die sie als Gäste hier im Saale unmöglich macht. Ihr Verhalten war so, daß man annehmen mußte, sie wollten die Versammlung stören. (Beifalliger Beifall.)

Der Kongreß stellt sich auf den Standpunkt, daß die beiden Gäste als legitime Vertreter irgendeines ausländischen Arbeiterrates nicht zu betrachten seien. — Die Debatte wird fortgesetzt.

Weinbrenner-Duisburg beklagt sich lebhaft über die Ergebnisslosigkeit des Kongresses.

Meier (Zentralrat): Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschätzten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimenter, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Genosse Doornik hat hier gestern eine Auslandsliste vorgelesen, die wir übrigen Mitglieder des Zentralrats nicht annehmen. Denn wir müssen bedenken, daß es auch in England und Amerika noch Arbeiter gibt. Die Unabhängigen treten jetzt nicht gegen den Grenzschutz auf. In Österreich haben sie ihn aber nicht nur gebildet, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Nationalismus verwenden wollen.

Präsident Richard Müller teilt mit, daß das als Gast angekommene Mitglied der Nationalversammlung Davidsohn aus dem Wort bittet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen die Verteilung wenden, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Als alter Soldat und als Vertreter der Sozialdemokratie in Reichstag und jetzt in der Nationalversammlung möchte ich einige Worte zur Soldatenfrage an den Kongreß richten. Die Soldaten sind eine riesige Bewegung, und ihre Aufgabe ist es, die Soldaten zu organisieren. Ihre Soldaten nicht lernen, sondern zu arbeiten. Ich schimpfe, schimpfe und schimpfe nicht, aber ich arbeite nicht mit. Grundrührende Arbeit ist aber notwendig als alle langen Kongresse. (Beifalliger Beifall.)

Oetker (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder herausgegeben und sie dem ganzen Rat zur Verfügung gestellt. Nach mir über schärfste Kritik an dem Vorlesen einzelner Mitglieder gegen die Soldatenräte. So haben wir beispielsweise beim Generalkommando in Hannover Protest dagegen eingelegt, daß man ein Mitglied des Odenburger Soldatenrats, das der Zentralrat entsandt hat, unter Anführung der Namen der Soldatenratsmitglieder herausgegeben hat. (Beifalliger Beifall.)

Dr. Oetker: Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinausschicken. (Beifalliger Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angebliehen Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Salmel (Recht. Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

Dr. Oetker: Ich im Gespräch mit den beiden Genossen festgestellt habe, sind sie bei ihrem Uebertreten über die deutsche Grenze verhaftet worden; den Verhafteten hat man sodann ihre Mandate abgenommen. Diese beiden Weiber sind die Vertreter der Deutschen im Arbeiterrat in Petersburg. Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß die beiden bei ihrem Erscheinen von dieser Affäre nichts erzählt haben. Beim Vorlesen ihrer Papiere ergibt sich, daß beide geborene Deutsche sind (der eine stammt aus Hannover) und daß sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten.

Doornik (Recht. Soz.): Als ein Mitglied des Zentralrats den von Oetker erwähnten Zwischenruf machte, hatten sich diese beiden Weiber in einer Weise benommen, die sie als Gäste hier im Saale unmöglich macht. Ihr Verhalten war so, daß man annehmen mußte, sie wollten die Versammlung stören. (Beifalliger Beifall.)

Der Kongreß stellt sich auf den Standpunkt, daß die beiden Gäste als legitime Vertreter irgendeines ausländischen Arbeiterrates nicht zu betrachten seien. — Die Debatte wird fortgesetzt.

Weinbrenner-Duisburg beklagt sich lebhaft über die Ergebnisslosigkeit des Kongresses.

Meier (Zentralrat): Die Unabhängigen haben es durch ihre falsche Soldatenratspolitik ermöglicht, daß wir die so viel geschätzten Freiwilligenverbände haben. Sie wollen nur Regimenter, gebildet aus Angehörigen der sozialistischen Parteien. Genosse Doornik hat hier gestern eine Auslandsliste vorgelesen, die wir übrigen Mitglieder des Zentralrats nicht annehmen. Denn wir müssen bedenken, daß es auch in England und Amerika noch Arbeiter gibt. Die Unabhängigen treten jetzt nicht gegen den Grenzschutz auf. In Österreich haben sie ihn aber nicht nur gebildet, sondern ausdrücklich die Truppen zum Kampfe gegen den Nationalismus verwenden wollen.

Präsident Richard Müller teilt mit, daß das als Gast angekommene Mitglied der Nationalversammlung Davidsohn aus dem Wort bittet. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in der die Unabhängigen sich gegen die Verteilung wenden, wird dem Wunsch des Gastes entsprochen.

Davidsohn: Als alter Soldat und als Vertreter der Sozialdemokratie in Reichstag und jetzt in der Nationalversammlung möchte ich einige Worte zur Soldatenfrage an den Kongreß richten. Die Soldaten sind eine riesige Bewegung, und ihre Aufgabe ist es, die Soldaten zu organisieren. Ihre Soldaten nicht lernen, sondern zu arbeiten. Ich schimpfe, schimpfe und schimpfe nicht, aber ich arbeite nicht mit. Grundrührende Arbeit ist aber notwendig als alle langen Kongresse. (Beifalliger Beifall.)

Oetker (Soz.): Man hat die Listen einzelner Soldatenratsmitglieder herausgegeben und sie dem ganzen Rat zur Verfügung gestellt. Nach mir über schärfste Kritik an dem Vorlesen einzelner Mitglieder gegen die Soldatenräte. So haben wir beispielsweise beim Generalkommando in Hannover Protest dagegen eingelegt, daß man ein Mitglied des Odenburger Soldatenrats, das der Zentralrat entsandt hat, unter Anführung der Namen der Soldatenratsmitglieder herausgegeben hat. (Beifalliger Beifall.)

Dr. Oetker: Ich habe einen unerhörten Vorgang zur Sprache zu bringen. Während einer unserer russischen Gäste einen Zwischenruf machte, erklärte ein Mitglied des Zentralrats: Man sollte die Kerle hinausschicken. (Beifalliger Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Vorsitzende stellt fest, daß die beiden angebliehen Russen keine Papiere haben, aus denen hervorgeht, daß sie irgendwelche Arbeiterräte in Rußland vertreten.

Salmel (Recht. Soz.): Wenn die Sache so liegt, so können wir die beiden als Vertreter russischer Arbeiterräte auch nicht mehr betrachten.

